

AUFSATZ

Nele Noesselt und Dieter Senghaas

»Neue Normalität« (*xin changtai*) und Re-Konfuzianisierung des chinesischen Marxismus: Die VR China auf der Suche nach einem neuen Konzept politischer Herrschaft¹

1. Einstieg in die »Neue Normalität«

Mit dem Übergang in die post-maoistische Reform-Ära, symbolisch durch die Beschlüsse des 3. Plenums des 11. Zentralkomitees zu Reform und Öffnung (1978) markiert, trat die Volksrepublik (VR) China in eine Phase der fortlaufenden experimentellen Systemmodernisierung und permanenten Re-Adjustierung ihres Wirtschaftsmodells ein. Die Wirtschaftsreformen von 1978 ließen eine kontrollierte selektive Einbindung marktwirtschaftlicher Elemente in die chinesische Planwirtschaft zu und beschränkten dies zunächst auf die lokal begrenzten Freilandlabore der damals neu eingerichteten Sonderwirtschaftszonen. Doch seitdem hat sich der Prozess verselbstständigt, der VR China wird nunmehr eine eigene Variante des Kapitalismus zugeschrieben, die mit den ursprünglichen Ideen sozialistischer Wirtschaftsplanung nicht mehr zu vereinbaren ist. Die negativen sozio-ökonomischen Begleiterscheinungen der chinesischen Turbo-Modernisierung treten heute immer eklatanter zutage. Mit dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees (2013) hat die fünfte Führungsgeneration unter Xi Jinping Korrekturmaßnahmen angekündigt. Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gelten als Eckpfeiler des neuen ökonomischen Entwicklungswegs, der als »Neue Normalität« (*xin changtai*) präsentiert wird. Unter der Flagge dieser »Neuen Normalität« ist die VR China unter Xi Jinping nun dabei, ihr Wirtschaftsmodell an die veränderten nationalen Bedingungen und die neuen internationalen Umfeldkonstellationen anzupassen. Dieses Leitmotiv der chinesischen Wirtschaftsreformen, die »Neue Normalität«, die von partiellen Restrukturierungen in anderen Feldern – Ökonomie, Verwaltung, Kultur, Gesellschaft, Ökologie – begleitet werden, ist jedoch kein unmittelbar »chinesisches«: Im Mai 2014 hatte Xi Jinping bei einer Reise in die Provinz Henan die »Neue Normalität« ausgerufen – und damit die Abschwächung des chinesischen Wirtschaftswachstums und den Rückfall hinter die Zielvorgaben des zentralen Wirtschaftsplans nicht als Krisenerscheinung, sondern als gezielte Umsteuerung in Richtung eines nachhaltigen und grünen Wachstums präsentiert. Zuvor hatte schon die in Kalifornien ansässige Pacific Investment Management Company (PIMCO), die Vermögensverwal-

1 Diese Ausführungen basieren auf den ersten Ergebnissen des DFG-Projekts »Konzeptionen von politischer Herrschaft und Entwicklungswegen in den Studien chinesischer Politikwissenschaftler« (NO 1041/2-1; Antragstellerin + PI: Nele Noesselt), die mit diesem Artikel in einen Dialog mit den Ergebnissen der Forschungsprojekte zur Entwicklung des chinesischen Sozialismus eintreten, die unter der Leitung von Dieter Senghaas in den 1980er und 1990er Jahren durchgeführt wurden. Vgl. hierzu Senghaas 1996.

tungsgesellschaft des Allianz Versicherungskonzerns, als Reaktion auf die Banken- und Finanzkrise von 2007/08 konstatiert, dass die zur Überwindung der Krise in Europa und den USA durchgeführten Reformen zur Herausbildung neuer Strukturen geführt hätten, die als irreversibel einzustufen seien – damit aber sei der Eintritt in eine »neue Normalität« erfolgt, eine Rückkehr zur »alten« Ordnung ausgeschlossen. Allerdings ist hierbei zu bedenken, dass der chinesische Begriff *changtai* korrekterweise als neuer »Dauerzustand«, oder, abstrakter weitergedacht, als neuer Standard zu übersetzen wäre – also vom englischen Wort »normal/normality« abweichende Konnotationen aufweist.

Längst ist in den innerchinesischen Debatten die »Neue Normalität« zu einem Theoriekonzept erhoben worden, dem abstrakte Grundformeln zugeordnet werden. So hatte Xi Jinping auf dem Treffen der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) im November 2014 eine erste Definition vorgelegt, wonach die »Neue Normalität der chinesischen Wirtschaft« (*Zhongguo jingji xin changtai*) für ein langsameres, dafür aber stabileres Wachstum steht. Um die Verwundbarkeit des Systems durch Krisen auf den Absatzmärkten und durch Turbulenzen des Weltfinanzsystems zu reduzieren, soll der chinesische Binnenmarkt weiter ausgebaut und sollen die Handelskontakte der VR China diversifiziert werden. Denn aufgrund der engen wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen der weltweit führenden Volkswirtschaft, den USA, und der mittlerweile zweitgrößten Weltwirtschaftsmacht, der VR China, hatte die Rezession in den USA unmittelbare Auswirkungen auf die chinesische Wirtschaft. Um diesem Abwärtstrend etwas entgegensezten zu können, hatte die chinesische Regierung 2008 noch vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ein umfassendes Konjunkturprogramm gestartet. Der offiziellen Statistik zufolge ist es der chinesischen Regierung mittels dieser Eingriffe gelungen, die Arbeitslosenquote konstant auf vier Prozent zu halten, wo diese, erstaunlicherweise ohne größere Schwankungen, seit Jahren verharrt: Die Vorbehalte hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit der offiziellen Statistiken der VR China seitens der internationalen Staatengemeinschaft wurden dadurch nicht (unbedingt) abgeschwächt.

Insgesamt wird, folgt man den Ausführungen Xi Jinpings, unter dem Dachkonzept der »Neuen Normalität« eine Umsteuerung von Imitation hin zu Innovation angestrebt. Während die vierte Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao (2002/03 bis 2012/13) um Krisenvermeidung und die Stabilisierung des alten Systems bemüht war, sind unter Xi Jinping »umfassende« Reformen ausgerufen worden.² Um diese zu implementieren, ist eine Zentrale Führungsgruppe unter direkter Leitung durch Xi Jinping eingerichtet worden, die an der etablierten Staatsbürokratie vorbei die Konkretisierung und Umsetzung der Umsteuerungsmaßnahmen auf den lokalen Ebenen koordinieren und kontrollieren soll.

Zusätzlich zu den seit vielen Dekaden dokumentierten Entwicklungsherausforderungen – den Disparitäten zwischen urbanen und ländlichen Räumen, den zunehmenden Spannungen zwischen den verschiedenen Einkommensschichten sowie den desaströsen Folgen der ressourcenintensiven ökonomischen Aufholjagd für die chi-

2 Zu den Herrschaftsmodellen der vierten Führungsgeneration: Noesselt 2012; siehe auch Noesselt 2016.

nesischen Ökosysteme – ist die chinesische Führung nun erstmals mit dem Problem einer Abschwächung des chinesischen Wirtschaftswachstums konfrontiert. Auf die vielen Jahre der zweistelligen Wachstumsraten ist nun eine Abkühlung auf – immer noch vergleichsweise hohe – sechs bis sieben Prozent erfolgt. Zusätzlich zum Rückgang der Wachstumsraten aber haben die Turbulenzen an den chinesischen Börsen und die extremen Kurseinbrüche das Vertrauen der chinesischen Bevölkerung in das von der KP-Führung propagierte Wirtschaftsmodell erneut erschüttert. Diese Börsenturbulenzen treffen insbesondere die untere Mittelschicht, die über Aktienbesitz und Aktienhandel für sich persönlich die Löcher in dem wenig ausgebauten chinesischen Sozialversicherungssystem zu schließen gehofft hatte. Die KP-Regierung ringt nun um die Gunst und den Legitimitätsglauben der chinesischen Bevölkerung. Die VR China befindet sich, so die Theorie zum Konzept der »Neuen Normalität«, derzeit in einer Übergangsphase, in der die alte Ordnung hinfällig, die neue jedoch noch nicht abschließend etabliert ist. Ein solcher Zwischenzustand aber gilt aus Sicht der Parteidokumente als überaus gefährlich, denn er könnte zu Versuchen der Neuaushandlung ehemaler Grundlinien des Ein-Parteien-Systems durch die konkurrierenden Faktionen innerhalb der Partei und die mehr oder weniger mit dieser symbiotisch verbundenen Wirtschaftselite verleiten.

Die Parallelen zwischen Chinas (und Europas) »Neuer Normalität« und dem US-amerikanischen »New Deal« sind offenkundig – und auch in den internen Debatten chinesischer Sozialwissenschaftler thematisiert worden. Der von Roosevelt im Angesicht der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eingeleitete »New Deal« sollte zur Stabilisierung der US-amerikanischen Wirtschaft führen und die sozialen Begleitererscheinungen der um sich greifenden Arbeitslosigkeit auffangen. Er gilt daher rückblickend als arbeitnehmerschützende Intervention in die US-amerikanische Wirtschaft. Umstrukturierungen und Korrekturereingriffe in das Bankensystem und eine Restrukturierung des Finanzsektors standen im Fokus der ersten Phase des »New Deal«. Neben dem Arbeitsmarkt kam es auch in der Geldpolitik zu staatlichen Interventionen. Auf das erste Maßnahmenpaket, das einer akut drohenden Fragmentierung der ökonomischen und politischen Systemstrukturen entgegenwirken sollte, folgten in einem zweiten Schritt langfristig angelegte Maßnahmen zur Zähmung des Kapitalismus durch die Zulassung und Stärkung der Gewerkschaften und den Ausbau von Arbeitsschutzworschriften.

Der zentrale Unterschied aber zwischen dem »New Deal« und der »Neuen Normalität« der VR China besteht in der Allegoriebildung und Symbolwirkung der beiden Konzepte: Im US-amerikanischen Modell wurden die Karten neu gemischt und verteilt, man strebte eine aktive Veränderung der sozio-ökonomischen Teilsysteme an. Wandel (*change*) gilt hierbei als eine notwendige Voraussetzung für die Eindämmung und Überwindung von Krisen. Die »Neue Normalität« hingegen betont nicht die Veränderung, sondern die wiedergefundene Ordnung, erinnert damit an einen Grundtopos der chinesischen (Staats-)Philosophie: die Suche nach Harmonie, nach dem imaginierten Goldenen Zeitalter der »Großen Einheit« (*datong*), die in den konfuzianischen Schriften mit der legendären Zhou-Dynastie assoziiert wird. So zeichnen sich trotz der Parallelen zwischen den US-amerikanischen Reformen der 1930er Jahre und den chinesischen Systemadaptionen der

Gegenwart (insbesondere ab 2013) deutliche Unterschiede hinsichtlich der den beiden Konzepten unterliegenden philosophischen Denkmuster ab.

Der »Westen« und seine staatsphilosophischen Grundlagen dienen zwar auch unter der fünften chinesischen Führungsgeneration weiterhin als Vor- und Gegenbild des »chinesischen« Entwicklungswegs. Doch auch wenn die Etablierung einer neuen Ordnung unter der Flagge der »Neuen Normalität« als Verabschiedung eines modifizierten *contrat social* erscheint, so operiert die chinesische Staatsphilosophie hier nicht mit den Ausführungen Rousseaus, dessen Werk um 1900 auch in einer chinesischen Fassung vorlag, sondern mit hierarchischen Ordnungsvorstellungen, die sowohl Aspekte der Moralphilosophie nach Konfuzius und Menzius wie auch legalistisches Gedankengut beinhalteten. Bereits die erste Rezeptionswelle von Rousseaus Werk in China war eher eine Fortschreibung seiner Kernideen denn eine unmodifizierte Übernahme gewesen. Rousseau diente nicht nur den Vordenkern der chinesischen Hundert-Tage-Reformen von 1898 als Inspiration, auch die frühen chinesischen Anarchisten griffen bei ihren Dekonstruktionen des (etablierten dynastischen) Systems auf die Grundideen Rousseaus zurück.³ Im Unterschied zu den politischen Debatten der Gegenwart des 21. Jahrhunderts jedoch hatten die Reformer und Utopisten der späten Kaiserzeit die Errichtung einer alternativen Ordnung zum Ziel – nicht die Konsolidierung einer »neuen« Normalität, in welche die alten Institutionen hinübergerettet werden sollen. Das Modell des ungeschriebenen Gesellschaftsvertrags wird in den Masterplan der Systemrestrukturierungen unter der Leitung von Xi Jinping eingebettet – und damit zu einem Instrument zur Stärkung der Systemlegitimität umgemünzt.

Die KP, die sich in den letzten Jahren von einer revolutionären Partei der Arbeiter, Bauern, Soldaten zu einer Partei des gesamten Volkes – die auch die Interessen der Kapitalisten vertritt – transformiert hat, modifiziert nun in einem Folgeschritt ihre offizielle Modernisierungsstrategie. Nachdem zunächst die Aufholjagd mit den ökonomisch führenden Industrienationen zur Zielmarke erklärt worden war, geht es unter Xi Jinping verstärkt auch um die langfristige Absicherung und Konsolidierung der neuen ökonomischen und monetären Machtposition der VR China auf globaler Ebene – und hierfür ist die innere Stabilität des Systems eine unverzichtbare Grundvoraussetzung.

2. Neubestimmung des ideellen Systemcodes in der Phase der »Neuen Normalität«

Die Einordnung der Volksrepublik China erfolgt zumeist auf einer Schwarz-Weiß-Skala zwischen »sinisiertem« Marxismus-Leninismus und »westlichen« Systemvorstellungen. Ein Blick in die Geschichte Chinas verdeutlicht, dass das System jedoch nicht in einer festen Konfiguration verharrt, sondern in Abhängigkeit von Rahmenvorgaben und Entwicklungen im nationalen und globalen Kontext immer wieder neue Gestalt annimmt, sich chamäleonartig an die sich verändernden Erfordernisse der Zeit anpasst.

3 Wang 1998.

In der späten Kaiserzeit, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, hatte zeitweise eine Orientierung an »westlichen« Staatsvorstellungen stattgefunden; die Modernisierung Japans nach dem Vorbild der europäischen Staatsmodelle galt den chinesischen Reformern als (mögliche) Blaupause mit Blick auf die Modernisierung und Konstitutionalisierung der chinesischen Monarchie. Mit der Gründung der VR China erfolgte zunächst eine Ausrichtung an der Sowjetunion, von der sich Mao allerdings bald – offiziell infolge des sino-sowjetischen Ideologiedisputs und der geheimen Rede Chruschtschows im Zuge des XX. Parteitages der KPdSU – distanzierte, um seine eigene Interpretation des Marxismus-Leninismus (Stichwort: Sino-Marxismus) vorzulegen. Die post-maoistische Ära⁴ hingegen wird pauschal gleichgesetzt mit der Internationalisierung der VR China, der Umsteuerung der Wirtschaft in Richtung Kapitalismus und der Übernahme »westlicher« Standards und Regelwerke. Allerdings erweist sich auch die post-maoistische Ära bei genauerer Betrachtung als eine Abfolge von Phasen der Verwestlichung/Internationalisierung und solchen der Re-Sinisierung und Rückbesinnung auf »chinesische« Systemvorstellungen. Politische Kampagnen – wie die der 1980er Jahre gegen »geistige Verschmutzung« und gegen »westliche Werte« – markieren diese Umbrüche. Derartige ideologische Momente stehen jedoch niemals für eine Endstufe, sondern sind Durchgangsphasen, während derer im Zuge von Massenmobilisierungen und der Außerkraftsetzung bisheriger Regelwerke personelle und institutionelle Neuerungen durchgesetzt werden – woraufhin das System wieder in einen (vermeintlichen) Normalmodus zurückfindet.

Die Koexistenz konkurrierender ideeller Referenzmuster des chinesischen Systems – Marxismus-Leninismus (teils auch Stalinismus) und seine sinisierten Formen, diverse »westliche« Ideenströmungen, Konzepte der vormodernen chinesischen Staatsphilosophie – erschweren die klare Kategorisierung des chinesischen Ein-Partei-Staates, zumal oft als antagonistisch oder inkompatibel vermutete Ideenstrände miteinander verwoben werden. So findet sich in den Schriften einzelner Vertreter der chinesischen Neuen Linken durchaus eine Synthese aus Maoismus und Konfuzianismus. Wenngleich sich entsprechende Parallelen und Konvergenzen einzelner philosophischer Grundideen durchaus konstruieren lassen, steht dies doch in einem gewissen Spannungsverhältnis zu dem Ikonoklasmus der Vierten-Mai-Bewegung (1919), auf welche sich die Partei weiterhin in ihrem Gründungsmythos beruft, und der Kampfansage an »Konfuzius« während der Kulturrevolution (1966-1976).

Auch die von der *People's Daily Press* vorgelegten Kompilationen von Zitaten und indirekten Rückbezügen in den Reden Xi Jinpings auf ausgewählte Werke der vormodernen chinesischen Staatsphilosophie illustrieren diese fortlaufende eklektizistische Synthesenbildung. So bezieht sich Xi Jinping mit seinem Anspruch, eine »rechtsgestützte Herrschaft« (*yi fa zhi guo*) zu praktizieren, auf die Überlegungen der chinesischen Leg(al)isten, personifiziert durch Han Feizi (280-233 v. Chr.). Ohne Recht und Gesetze galt und gilt ein Staat nach Ansicht der Legisten als schwach und dem Untergang geweiht. Qin Shihuang, der Begründer der Qin-Dynastie, der im Jahre 221 v. Chr. der chinesischen (Partei-)Historiographie zufolge die

4 Tod Maos 1976; Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978.

erste gesamtchinesische Reichseinigung durchsetzte, und auch Mao Zedong stützten ihre Herrschaft (zumindest phasenweise) auf legistische Konzeptionen von Herrschaftspraxis und Gesellschaftsordnung. Unter der vierten und fünften Führungsgeneration der KP allerdings wurden »neue« politische Modellbildungen und Herrschaftskonzeptionen als Weiterführung »konfuzianischer« Grundideen präsentiert. Und insbesondere Xi Jinping hat mehrfach betont, dass die chinesische (konfuzianische) Staatsphilosophie den »DNS-Code« der VR China darstelle, diese also keinesfalls an Schulen und Universitäten aufgegeben werden dürfe.⁵ Nur »westliche« Werte sind erneut in Ungnade gefallen – die VR China bestimmt ihre Systemidentität über die Abgrenzung gegen ein »westliches«, negatives, einseitig verzerrtes Gegenbild. Xi Jinpings Kampagne gegen »westliche« Werte macht dabei auch vor der Beschneidung der akademischen Freiheiten der Universitäten nicht halt. Ein parteiinternes Papier, das Dokument Nr. 9, hat »sieben« Übel identifiziert, die als systemgefährdend eingestuft werden: westlich-konstitutionelle Demokratie, universelle Werte, Zivilgesellschaft (als Opposition zum Staatsapparat), Neoliberalismus (als Gegenmodell zum staatsgesteuerten chinesischen Kapitalismus), Medien (und Meinungsfreiheit), »historischer Nihilismus«, Kritik an der Politik von Reform und Öffnung und dem chinesischen Modell des Sozialismus.⁶ Das Dokument Nr. 9 weicht damit nicht von der Politik der vierten Führungsgeneration ab, die durch ihr Einschreiten gegen die von reformorientierten Intellektuellen formulierte und am 8. Dezember 2008 veröffentlichte »Charta 08« und die Inhaftierung ihres Initiatoren, Liu Xiaobo, politischen Systemreformen einen Riegel vorgeschoben hatte.⁷ Die Charta 08, angelehnt an die Charta 77 der Demokratiebewegung der ehemaligen Tschechoslowakei, hatte freie Wahlen und Meinungsfreiheit eingefordert.

In den politischen Machtkämpfen zwischen Reformern und Konservativen, Neoliberalen und Neuen Linken wird um eine orthodoxe Definition der »Neuen Normalität« gerungen. Während die Parteispitze die politische Ökonomie der VR China in Richtung Nachhaltigkeit und grüne Urbanisierung umsteuert, denken die Anhänger der Neuen Linken über eine Rückbesinnung auf Modelle der Umverteilung nach und halten an ihrer antikapitalistischen Systemkritik fest. Parallel melden sich Verfechter des Politischen Konfuzianismus zu Wort, die eine auf »chinesischen« Werten aufbauende Ordnung propagieren und sich neoliberalen Entwürfen ebenso entgegenstellen wie neo-marxistischen Denkmodellen. Im Grunde läuft innerhalb der Partei ein mitunter skrupelloser Machtkampf um Posten in Partei, Staat und Militär, die mit dem 19. Parteitag im Herbst 2017 allen informellen Regeln zufolge umverteilt werden dürften.

5 Noesselt 2015.

6 Für eine Einordnung dieses Dokuments siehe Senghaas 2015. Eine Übersetzung des Dokuments findet sich unter: www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation (Zugriff vom 15.09.2016).

7 Eine deutsche Version inklusive der chinesischen Originalpassagen findet sich unter: www.faz.net/aktuell/politik/manifest-chinesischer-dissidenten-die-charta-08-1582920.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Zugriff vom 15.09.2016).

Normalerweise werden diese internen Machtkonflikte nicht sichtbar. Der Eintritt in die »Neue Normalität« aber hebt dieses Muster übergangsweise auf, lässt bislang verborgene Positionen erkennbar werden. Die Positionen der konkurrierenden »chinesischen« Denkschulen, die mit den einzelnen Faktionen der Partei Verbindungen unterhalten und hierüber auch auf die offiziösen Politdebatten einwirken können, lassen sich exemplarisch am Beispiel der chinesischen Konstitutionalismusdebatte illustrieren.

3. Effizienz, Transparenz, Responsivität und Rechtsstaat

Der Ausbau der »rechtsgestützten Herrschaft« ist mit den Beschlüssen des 4. Plenums des 18. Zentralkomitees (2014) zu einer Zielvorgabe der Reformen des administrativen Systems der VR China erhoben worden: Bürokratische Prozesse sollen effizienter und transparenter gestaltet und zudem formalisiert und in verbindliche Muster übersetzt werden. Netzwerke und informelle Strukturen sollen ausgehebelt werden, womit eine Einschwörung aller Verwaltungsebenen auf die Zentrale in Peking sichergestellt wird.

Anlässlich des 30. Jahrestages der Verfassung von 1982 hatte Xi Jinping bereits im Dezember 2012, das heißt kurz nach seiner Ernennung zum neuen Generalsekretär, die Bedeutung des rechtsgestützten ebenso wie die des verfassungsgestützten Regierens besonders betont. Auf den zweiten Blick wird deutlich, dass es sich hierbei um eine erweiterte Neuauflage der von Hu Jintao anlässlich des 20. Jahrestages der Verfassung im Jahre 2002 gehaltenen Rede handelt,⁸ also kein Abweichen von der Strategie der »Herrschaft durch Recht« vorliegt, zu der sich die Partei mit dem Bericht des 15. Parteitages bereits 1997 bekannte.⁹

Die diversen intellektuellen Zirkel der chinesischen Elite-Universitäten griffen den Topos des »verfassungsgestützten Regierens« auf, um über abstrakte Konzepte wie die chinesische »Demokratie« zu sinnieren. So stufte Yang Xiaoqing (Renmin Universität) im Mai 2013 die »Volksdemokratie« des Ein-Parteien-Systems auf der Bewertungsskala weit oberhalb »konstitutioneller« Formen des Regierens ein, die Yang allein als Charakteristikum westlich-pluralistischer Systeme identifizierte und für die VR China zurückwies. Auch die Neuen Linken äußerten sich auf ihrer Vorgezeige-Webseite *Utopia* äußerst kritisch und stimmten in die Kritik an westlich-dekadenten Systemen ein. Das eher liberale Lager meldete sich in der Wochenzeitung *Nanfang Zhoumo* und der sozialwissenschaftlichen Fachzeitschrift *Yanhua Chunqiu* zu Wort. Dieser indirekte Schlagabtausch erinnert an die Konstitutionalismus-Kontroverse des Jahres 2006, als Hu Xingdou, Professor am Pekinger Institute of Technology, auf einer Konferenz des Chinesischen Instituts für Sozialismus-Studien in Peking den Begriff des »konstitutionellen Sozialismus« einführte und diesen mit Rechtsstaat, Gewaltenteilung und verfassungsrechtlichen Freiheiten und garantierten Rechten umriss. Im Januar 2007 evozierte ein in *Yanhua Chunqiu*

⁸ Hu 2002.

⁹ Zur Herrschaft des Rechts/durch Recht siehe Wang 2015.

abgedruckter Artikel Xie Taos zum »demokratischen Sozialismus« den Gegenschlag der chinesischen Linken und Parteialtkader. Im Mai 2007 wehrte ein Artikel der *Renmin Ribao* (*People's Daily*) eine demokratische Wende ab und setzte der Debatte über das »richtige« Entwicklungsmodell und Staatskonzept damit ein Ende. Bereits 2010 aber tauchte der »konstitutionelle Sozialismus« erneut auf Konferenzen und in wissenschaftlichen Publikationen auf – diesmal konzipiert als Mittelweg zwischen dem Festhalten am chinesischen Sozialismus und graduellen Systemreformen nach dem Vorbild anderer konstitutioneller Systeme.

Nachdem 2013/14 mit Stellungnahmen in der *Renmin Ribao* die Konstitutionalisierungsdebatte erneut eingefangen worden ist, hat sich der Fokus der Reformen zurück auf den Ausbau rechtssicherer administrativer Strukturen verlagert. Der Aufbau einer modernen, transparenten Verwaltungsstruktur und die Stärkung von (rechtsstaatlichen) Überwachungs- und Kontrollmechanismen sind das proklamierte Ziel der chinesischen Führung. Dies aber erfordert auch personelle Veränderungen und Kompetenzumverteilungen, sodass durchaus mit dem Widerstand der etablierten Verwaltungsbürokratie zu rechnen ist. Antikorruptionskampagnen werden gerne genutzt, um personelle Umbesetzungen durchzuführen. Der gegenwärtige Kampf gegen Korruption und Machtmissbrauch richtet sich gegen »Tiger und Fliegen«, also Kader auf allen Rangebenen des Systems, die der Reform im Wege stehen.

Zudem hat Xi eine Massenlinien-Kampagne gestartet, die nach dem von Mao geprägten Prinzip »aus den Massen schöpfen und in die Massen hineinragen« funktioniert.¹⁰ Zu weiteren Schlüsseltexten Maos, die unter der Führung Xi Jinpings verstärkt diskutiert worden sind, zählen Maos Abhandlungen »Über die Praxis«¹¹ und »Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk«¹². Mao führte die Unterscheidung zwischen Widersprüchen »zwischen uns und dem Feind« und solchen »im Volke« ein. Erstere gelten als antagonistisch, letztere als nicht-antagonistisch – gewissermaßen als »agonal«.¹³ Mao differenziert zudem zwischen Hauptwidersprüchen und untergeordneten Nebenwidersprüchen, die sich gegeneinander verschieben und ineinander umschlagen können. Die Kontroverse über den Umgang mit den Exzessen der Kulturrevolution oder die Fortdauer des Klassenkampfs¹⁴ verdeutlichen ein weiteres Mal die innerhalb der Partei wie auch zwischen den verschiedenen Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich entfaltenden Lagerkämpfe um die Definition und Konfiguration des »richtigen« chinesischen Entwicklungswegs.

10 Zur Massenlinien-Kampagne unter Xi Jinping siehe Zhang Qian 2013.

11 Mao 1937.

12 Mao 1957.

13 Vgl. hierzu Chantal Mouffe und das Konzept der Agonistik.

14 Siehe den Artikel »New class struggle«, in *Global Times* vom 9. Oktober 2014. <http://en.people.cn/n/2014/1009/c90882-8792188.html> (Zugriff vom 15.09.2016).

4. Masterplan (*dingceng sheji*¹⁵) der Reformen? Neujustierung des chinesischen Systems

Die chinesische Partei-Führung operiert vor dem Hintergrund einer vermeintlichen (prospektiven) Systemkrise. Diskutiert wird hierbei nicht allein das gegenwärtige chinesische System; als negatives Vergleichsmodell wird die Sowjetunion herangezogen. Im Jahr 2011 hatte die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften in Peking eine rückblickende Analyse der Ursachen für den Zusammenbruch des sowjetischen Modells veröffentlicht.¹⁶ Drei Faktoren gelten seitdem als Auslöser des Niedergangs des sowjetischen Sozialismus: Korruption, generelle Fehlentwicklungen des sowjetischen Modells sowie systemzersetzende Aktionen des »Westens«, die pauschal auf die USA bezogen werden. Die aktuellen Umsteuerungen und Neuaustrichtungen des chinesischen Herrschaftsmodells basieren auf den Lehren und Handlungsempfehlungen, die sich aus dieser Analyse ableiten lassen. Allerdings sind diese innerhalb der Partei alles andere als unumstritten. Und auch die verschiedenen Intellektuellenzirkel melden sich kontrovers zu Wort.

Die Parteiführung selbst ist mehr als bemüht, ihre Deutungshoheit abzusichern und damit die symbolische Macht zu behalten, den Reformkurs inhaltlich zu konfigurieren. Am 9. Mai 2016 veröffentlichte die chinesische Volkszeitung (*Renmin Ribao*) ein Interview mit einem nicht namentlich genannten Experten, das die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft zum Thema hatte – genauer: die unter der Xi-Li-Administration, der nunmehr fünften Führungsgeneration nach Mao, vorgenommenen Korrekturen des chinesischen Entwicklungsmodells.¹⁷ 2013, im Zuge des Aufstiegs der fünften Führungsgeneration in die Schlüsselpositionen von Partei und Staat, waren umfassende Reformen und eine Umsteuerung des chinesischen Wirtschaftsmodells eingeleitet worden – die eine Stärkung der Selbststeuerung der Wirtschaft über den Markt, den Abbau der Subventionen für die alten Staatsunternehmen und eine weitergehende Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft vorsehen. Die mit dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees (2013) beschlossenen Reformen,¹⁸ die in dem im März 2016 durch den Nationalen Volkskongress in Peking verabschiedeten 13. Fünf-Jahres-Plan offiziell verankert wurden, sehen hierbei keine isolierte Restrukturierung des chinesischen Wirtschaftssektors allein vor, sondern operieren mit dem Konzept der koordinierten Reformen in fünf Teilbereichen (*wu wei yi ti*) – Ökonomie, Staatsverwaltung, Kultur, Gesellschaft, Ökologie. Hierbei wird angenommen, dass zwischen diesen fünf Feldern komplexe Wechselbeziehun-

15 In englischsprachigen Fachpublikationen als »Top-Level Design« übersetzt.

16 CASS 2011.

17 Siehe den Artikel »Kai ju shou ji wen dashi« (Questions about the overall trends in the first quarter of the year), in *Renmin Ribao* vom 9. Mai 2016. http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2016-05/09/nw.D110000renmrb_20160509_6-01.htm (Zugriff vom 15.09.2016).

18 Zhonggong Zhongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jue-ding (Resolution des Zentralkomitees zu einigen zentralen Fragen bei der umfassenden Vertiefung der Reformen); <http://cpc.people.com.cn/n/2013/1115/c64094-23559163.html> (Zugriff vom 15.09.2016).

gen vorliegen, jeder Eingriff an einer Stelle eine Verschiebung in anderen Feldern anstößt, die wiederum auf das Ausgangsfeld zurückwirkt. Im Unterschied zu den 1978 durch das 3. Plenum (des 11. Zentralkomitees) verabschiedeten Beschlüssen zu Reform und Öffnung (*gaige kaifang*), die nach dem Modell des »Vogels im Käfig« die begrenzte Zulassung marktwirtschaftlicher Elemente im Rahmen der zentralistischen Planwirtschaft vorsahen und Reformen auf den Wirtschaftssektor begrenzten, greifen die Maßnahmenkataloge des 3. Plenums (des 18. Zentralkomitees) von 2013 die negativen Auswirkungen und unerwünschten sozio-ökonomischen Nebeneffekte der Wirtschaftsreformen auf und formulieren Strategien der Gegensteuerung. Die einzige Grundkonstante mit Blick auf die Reformen von 1978 und 2013 findet sich in der impliziten Grundformel, dass keine Restrukturierungen und Kurskorrekturen zulässig sind, die das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gefährden könnten. Unter den genannten fünf Feldern, die laut der Beschlüsse von 2013 unter Berücksichtigung ihrer interdependenten, rekursiven Kopplungen reformiert werden sollen, wird nicht das politische System als solches, sondern ausschließlich das administrative System – das heißt der bürokratische Apparat, die Verwaltungsorgane – aufgelistet. Wenngleich dem Markt eine Schlüsselfunktion für die Allokation von Ressourcen zugeschrieben wird, sind die 2013 skizzierten Reformen in einen Masterplan (*dingceng sheji*) – so das Leitmotto der Konfiguration und Umsetzungsstrategie der Reformmaßnahmen unter Xi Jinping – eingebettet. Die Koordination der Korrektur- und Umsteuerungsmaßnahmen in den einzelnen Feldern soll durch eine übergeordnete Schaltzentrale erfolgen, deren Fäden in den Händen Xis (respektive seiner Berater) zusammenlaufen. Hierdurch soll den zentrifugalen Fliehkräften der Dezentralisierung und einem mit dieser potenziell einhergehenden Machtverlust der Zentrale entgegengewirkt werden.

Reformen – insbesondere wenn diese die etablierte Bürokratie ins Visier nehmen – bedeuten immer auch Konflikte mit den betroffenen (Verwaltungs-)Eliten, die sich gegen eine Macht- und Kompetenzumverteilung zur Wehr setzen. Einzelne innerhalb der Eliten und der Führungszirkel des chinesischen Partei-Staates ausgetragene Kontroversen über den »richtigen« Modernisierungsweg und die ideale Ordnung des Systems sind mittlerweile sichtbar geworden – und könnten mit gewissen in der Gesellschaft vorhandenen Positionen und den Spannungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen zusammen zu einer explosiven Mischung führen. Über Portale im chinesischen Internet sind sowohl Plädoyers der Anhänger eines neoliberalen Reformkurses wie auch Stellungnahmen und Positionspapiere der Neuen Linken, die eine ausbalancierte Entwicklung und redistributive (staatlich gesteuerte) Maßnahmen propagieren, nachzulesen. Diesen mitunter babylonisch anmutenden Reform-Debatten wird in den Parteimedien ein offiziell sanktioniertes Reformmodell entgegengestellt.

Die Koexistenz diverser Reformansätze und die Dynamik der parteiinternen Faktionskämpfe bedingen, dass das gegenwärtige Modell politischer Herrschaft als ein Kompromiss zu sehen ist, als ein Minimalkonsens, der möglichst viele der von den als einflussreich eingestuften Eliten vertretenen Positionen auffangen soll – ohne dass hierdurch das übergeordnete Entwicklungsmodell ausgehöhlt wird oder Entwicklungszielsetzungen des Partei-Staates aufgegeben werden. Einige Positionen der

konkurrierenden Elitenzirkel sind jedoch nur sehr bedingt komplementär, sodass auch die »neuen« Reformmaßnahmen mit den Idealvorstellungen einzelner Gruppierungen in Konflikt geraten könnten.

Der von der *Renmin Ribao* (9. Mai 2016) interviewte »Experte« widersprach allen euphorischen Bewertungen des (alten) chinesischen Wirtschaftsmodells und betonte, dass noch viele Entwicklungs-»Widersprüche« (*maodun*) zu bewältigen seien und sich im Zuge der Umsteuerungsmaßnahmen unter der fünften Führungs-generation in Richtung eines nachhaltigen, grünen Wachstums und der Ausbalancierung von Entwicklungsdisparitäten auch »neue Fragen und Probleme« (*xin wenti*) ergeben hätten. Unter Rückbezug auf die offizielle Politsprache und unter Verwendung der »Reform«-Slogans der Xi-Li-Administration, zusammengefasst unter dem Oberbegriff der »Neuen Normalität« (*xin changtai*), ließ der Beitrag keinen Zweifel daran aufkommen, dass eine Stabilisierung des Systems nur über eine entschiedene Implementierung umfassender Reformen erzielt werden könne. Dass das Interview auf der Titelseite der *Renmin Ribao* erschien und seine Fortsetzung die komplette Seite zwei einnahm, verdeutlicht die Zentralität und Relevanz, die diesem Themenkomplex zugeschrieben wird. Da es sich bei der *Renmin Ribao* um »das« Sprachrohr der Partei(führung) handelt, kommt dem Artikel eine unmittelbare Bedeutung für das im Zuge der eingeleiteten Umsteuerung des chinesischen Wirtschaftsmodells erneut an Dynamik gewinnende Kompetenzgerangel zwischen Partei- und Staatsorganen, konkurrierenden Teilgruppen der chinesischen Wirtschaftseliten und verschiedenen gesellschaftlichen Akteursgruppen zu.

Viele der Aussagen des »Experten« zu den Reformen erscheinen aus der Außen-sicht eher als Hüllformeln denn als konkrete Reformstrategien. Es geht somit aktuell weniger um die Zementierung einer Reformblapause als um die Sicherung der Unterstützung für die Umsteuerung des Systems – und die Aushandlung einer neuen Symbiose zwischen den konkurrierenden Eliten, die man meist unterteilt in die zwei Lager der »Neuen Linken« und der chinesischen Neoliberalen.

Die Einordnung der chinesischen Intellektuellen in diese zwei als antagonistisch angenommenen Gruppen beruht allerdings auf einer starken Übersimplifizierung, die schon damit beginnt, dass die »Neue Linke« für eine aus der Außensicht vor-genommene Kategorienbildung einer Gruppe der chinesischen Intellektuellen steht, die sich selbst eher als »Kritische Linke« bezeichnen würde, sich also eher einer globalen Bewegung zurechnet denn die (ideologische) Nachfolge der frühen Mao-isten anzutreten strebt. Inspiriert von den Ideen der »westlichen« Linksintellektuellen, neo-marxistischer Globalisierungskritik sowie Konzepten des Post-Kolonia-lismus und der Post-Moderne (beides ebenfalls für sich genommen sehr heterogene Felder), widmen sich die chinesischen Linken den Themen sozialer Gerechtigkeit (*shehui gongping*) und Fragen der politischen Partizipation. In Anlehnung an die Globalisierungskritik der neuen Linksbewegungen in Europa übt die »Neue Linke« Chinas Kritik an der »westlich-kapitalistischen« Moderne und den mit dieser gekoppelten Universalitätsansprüchen der Entwicklungswege der »westlichen« Industrienationen. Allerdings ist festzuhalten, dass die chinesische Linke in ihren Positionen durchaus gespalten ist, also nicht unisono in den Anti-West-Chorus ein-stimmt. Vielmehr erhebt sie indirekt den Anspruch, Teil einer globalen Kritikbewe-

gung zu sein. Neben den Schriften von Edward Said zum Postkolonialismus und der radikalen Kritik des westlich-globalen Kapitalismus durch Noam Chomsky sind es insbesondere die Frankfurter Schule und Jürgen Habermas, die die Debatten der chinesischen Linken in den letzten Jahren geprägt haben.¹⁹ Die chinesische »Neue Linke« diskutiert über die Entwicklung Chinas in Kenntnis der Außensicht auf das Land und der Weiterschreibung marxistischer Theorien im 21. Jahrhundert.

Viele chinesische Intellektuelle, die der »Neuen Linken« zugerechnet werden, sind ihrer Ausbildung nach Historiker oder Wirtschaftswissenschaftler. Während die »Neue Linke« durchaus an Reformen orientiert ist, tauchen in den Debatten auch Stimmen einer radikal-maoistischen Linksströmung (*jizuopai*) auf, von der sich die Vertreter der »Neuen Linken« abgrenzen, wiewohl es doch gelegentlich Schnittmengen und Positionsüberschneidungen gibt.

Auch die Neoliberalen stehen nicht für eine homogene Gruppe, sondern sind eher als ein Sammelbecken pro-kapitalistischer Intellektueller (und Wirtschaftsakteure) zu sehen, deren externe Referenzsysteme und theoretische Grundausrichtungen durchaus in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen können.

Die fünfte Führungsgeneration dürfte nun bemüht sein, Politikentwürfe zu präsentieren, die zumindest von den Stimmführern der verschiedenen akademischen Intellektuellenzirkel mitgetragen werden. So spiegeln die Reformpläne des 3. Plenums und ihre Ausdifferenzierung mit dem 13. Fünf-Jahres-Plan in nicht wenigen Punkten die von Hu Angang, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Tsinghua-Universität in Peking, vorgelegten Ideen für eine Umsteuerung des chinesischen Entwicklungsmodells wider. Dies betrifft insbesondere den Aspekt der Nachhaltigkeit und die Orientierung in Richtung eines »grünen« Wachstums. In Weiterentwicklung der bekannten Formel Deng Xiaopings, wonach es egal ist, ob die »Katze weiß oder schwarz« ist – wenn »sie nur die Mäuse fange«, hatte Hu Angang das China der post-maoistischen Reform-Ära als kohlenstaubverfärbte, schwarze Katze identifiziert und die »grüne Katze« als neues Ideal in den Raum gestellt.²⁰ Die seit 2013 offiziell beschlossenen Reformen deuten in diese Richtung. Als Ökonom greift Hu Angang auch die Auswirkungen des durch die Ein-Kind-Politik ausgelösten demographischen Wandels auf und plädierte schon frühzeitig für eine Lockerung der Geburtenkontrolle.

Die Zuordnung Hu Angangs in eine bestimmte Ideenschule fällt nicht leicht. Mitunter wird er der Gruppe der »Neuen Linken« zugerechnet, da er sich generell gegen eine neoliberalen Wirtschaftsmodernisierung der VR China ausgesprochen und die Rolle der staatseigenen Unternehmen besonders betont hat. Damit korrespondiert sein Ansatz mit der generellen Kapitalismus-Kritik der chinesischen Linken. Zudem steht Hu Angang dem *Guoqing*-Ansatz nahe, der eine Rückbesinnung auf dezidiert »chinesische« Werte und Konzepte in den Mittelpunkt stellt. Hu Angang leitet das *Guoqing*-Forschungszentrum an der Tsinghua-Universität und hat in seinen Schriften den *American Exceptionalism* auf die VR China umgemünzt. So postuliert Hu Angang, dass die VR China ein Modell der »kollektiven Präsidentschaft« prakti-

19 Zur Frankfurter Schule in China: Ameling, Dippner 2009.

20 Für eine englischsprachige Kurzfassung dieser Ideen siehe Hu 2010.

ziere, das in sich sehr viel »demokratischer« sei als das präsidentielle System der USA. Dabei bezieht Hu sich auf das in der Post-Mao-Ära eingeführte Prinzip der »kollektiven Führung« und betont, dass die Politiksetzung der VR China auf Konsensbildung und Einbeziehung von Experten beruhe.²¹ Zudem hatte er in seinem Buch *China 2020 – Eine Supermacht neuen Typs* dargelegt, dass die VR China bei ihrem globalen Aufstieg nicht notwendigerweise die »Fehler« früherer Imperien wiederholen werde.²² Die Frage nach der Umsetzbarkeit eines »friedlichen Aufstiegs« ist einer der zentralen Topoi der Debatten innerhalb der epistemischen Gemeinschaften der VR China und wird sowohl von der Ebene der sozio-ökonomischen Entwicklung im nationalen Kontext aus als auch mit Blick auf die globale Ebene diskutiert. Die Umsteuerung auf ein langfristig stabiles, nachhaltiges Wirtschaftsmodell ist eine logische Voraussetzung, den Aufstieg der VR China zu einer globalen Großmacht langfristig abzusichern.

Auch zentrale Ideen der chinesischen Linken sind im chinesischen Entwicklungsmodell der fünften Führungsgeneration verankert worden – das Verfahren gegen Bo Xilai und die vorübergehende Schließung der Webportale der chinesischen Linken (2012/13) sollten demnach nicht als eine prinzipielle Ablehnung der von dieser Gruppe propagierten Entwicklungsmodelle gedeutet werden.

Der Ausbildungshintergrund der gegenwärtigen chinesischen Führungselite führt dazu, dass »alte« Ideen und Modellbildungen, die in der frühen post-maoistischen Ära aufgekommen waren, nun in die Reformbeschlüsse von 2013 aufgenommen worden sind. So ist der seit 2013 im Amt befindliche chinesische Ministerpräsident Li Keqiang, Schüler des renommierten Ökonomen Li Yining, Direktor der Abteilung für Sozialwissenschaften an der Peking Universität. Li Yining hatte in den frühen 1980er Jahren bereits eine Restrukturierung der staatseigenen Betriebe eingefordert und hierzu eine Umstellung auf Aktiengesellschaften vorgeschlagen – womit die Unternehmen, so Li Yining, weiterhin in »Kollektivbesitz«, jedoch konkurrenz- und effizienzorientiert wären. 2013 nahm Li Yining diesen Ansatz wieder auf und bezog in chinesischen Tageszeitungen hierzu Stellung. Die Reform der staatseigenen Betriebe koppelte er dabei an eine Reform der kapitalistischen Grundlagen der Unternehmensstrukturen. Während er für viele Bereiche eine Liberalisierung und Umstellung auf Aktienbetriebe propagierte, sah er doch für die Bereiche der Grundversorgung der Bevölkerung eine Aufrechterhaltung der Staatsbetriebe vor. Mit Blick auf die Landbevölkerung plädierte Li Yining zunächst für eine Urbanisierung und erst in einem zweiten Schritt für die Reform oder auch endgültige Abschaffung des *hukou*-Systems, über das der Zugang zu staatlichen Leistungen geregelt wird und das auf einer Differenzierung zwischen Land- und Stadtbevölkerung beruht. Li Yining thematisierte hierzu das Konzept einer allumfassenden Urbanisierung, die nicht auf eine Industrialisierung der Ballungszentren beschränkt sein sollte, sondern als »neue« Form der Urbanisierung auch für den Ausbau der staatlichen Leistungen und die Gleichstellung von Stadt und Land steht. Die bisherige Zwei-Klassengesellschaft, so Li Yining, befände sich im Widerspruch zum erklärten Ziel der Gleichheit

21 Hu 2014.

22 Hu 2011.

und Gerechtigkeit (*gongping*). Zur Überwindung der Entwicklungsdisparitäten zwischen urbanen und ländlichen Räumen hat Li Yining die Neuregelung der Bodennutzungsrechte angeregt – mit den Reformbeschlüssen von 2013 sind diese Ideen durch den Partei-Staat aufgegriffen worden. Zudem hatte Li Yining ein dreistufiges Modell der »chinesischen« Urbanisierung vorgestellt. Für die »alten« Städte sieht Li Yining eine Modernisierung und die Umsteuerung weg von (Schwer-)Industrie hin zum Servicesektor vor. Hierbei thematisiert er offen die Entstehung von »Barakkensiedlungen« (*penghuqu*) der armen Bevölkerung – entlassenen Fabrikarbeitern, Tagelöhnern und Wanderarbeitern. Sollte diese Gruppe nicht aktiv in den Modernisierungsprozess eingebunden und an den Modernisierungsgewinnen beteiligt werden, könnten die Spannungen zwischen den verschiedenen urbanen Gesellschaftsschichten unkontrollierbare Züge annehmen. Als Lösung werden Wohnungsbauprojekte und Programme zum (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt vorgeschlagen. Neue urbane Räume, die in der Nachbarschaft der urbanen Ballungszentren, ausgehend von lokalen Industriegebieten, entstanden sind, sollen nach einem abweichenden »grünen« Muster restrukturiert werden, da diese nicht mit den Problemen der »alten« Industriestädte zu kämpfen haben, sondern als Niederlassungen neuer Industrien entstanden sind. Daneben soll eine Urbanisierung der ländlichen Bereiche erfolgen – nach dem Vorbild einer »grünen« Entwicklung, wobei keine Hochhaussiedlungen geplant sind, sondern eine den ländlichen Bereichen angepasste moderne Infrastruktur aufgebaut werden soll. Die staatlichen Leistungsangebote und sozialen Sicherungssysteme sollen auf die neuen urbanisierten ländlichen Bereiche ausgeweitet werden.²³

Zeitgleich mit dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees (2013) erschien Li Yinings Buch *Die zweifache Transformation der chinesischen Ökonomie*, in welchem die Entwicklungsherausforderungen des chinesischen Systems abgehandelt und die oben in Auszügen skizzierten Lösungsmodelle zusammenfassend dargelegt werden.²⁴

Die Lage der Bauern ist auch insofern von zentraler Bedeutung für die Reform des chinesischen Systems, da die großen chinesischen Revolutionen und Dynastiewechsel nicht selten ihren Ursprung in (lokalen) Bauernrevolten hatten. Die Dichotomien zwischen Stadt und Land und die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich in der VR China ist eines der zentralen Themen, an denen sich die Geister scheiden. Die »Neue Linke« ist in sich alles andere als geeint in der Frage, wie diese entwicklungspolitische Herausforderung zu meistern sei. Qin Hui, der an der Tsinghua Universität als Wirtschafts- und Sozialhistoriker tätig ist, benannte offen die Probleme der ländlichen Räume und die kritische Lage der Bauern (und

23 Eine Zusammenstellung von (chinesischsprachigen) Artikeln Li Yinings, die zwischen 2009 und 2015 in chinesischen Tageszeitungen erschienen, zu Fragen des chinesischen Entwicklungswegs, insbesondere der Restrukturierung der staatseigenen Betriebe und der Einbindung der Landbevölkerung in den Modernisierungs- und Urbanisierungsprozess, findet sich auf den Seiten der *Renmin Ribao* (People's Daily): <http://theory.people.com.cn/GB/40764/127621/183969/183971/index.html> (Zugriff vom 15.09.2016).

24 Li 2013.

Wanderarbeiter) als Verlierer der Wirtschaftsreformen. Er vertrat dabei die Meinung, dass nicht die Eigentumsrechte an Grund und Boden das Problem der chinesischen Bauern seien, sondern Naturkatastrophen und Ernteausfälle sowie die Erhebung illegaler Steuern und Abgaben durch lokale Partei-Kader. In früheren Dynastien, so Qin, sei es trotz aller Anstrengungen des Kaiserhofs nicht gelungen, diese »lokalen« Zusatzsteuern einzudämmen. Wen Jiabao nahm mit indirekten Zitaten aus Qin Huis Studie Bezug auf das Problem und versicherte, dass dieser Missstand sich unter der vierten Führungsgeneration nicht fortsetzen werde. Qin Hui legte keine Lösungsmodelle vor, sondern lieferte mit seinen kritischen historischen Studien ein »Korrektiv« zur gegenwärtigen Politik. Dass die vierte Führungsgeneration auf seine pessimistische Grundeinschätzung Bezug nahm, verdeutlicht die Relevanz, die den Studien Qin Huis mit Blick auf die epistemischen Gemeinschaften der VR China zugeschrieben wird. Ob seiner unverbrämten Standpunkterklärungen wurde Qin Hui immer wieder offen angefeindet – nicht zuletzt von den Anhängern eines »neuen« Konfuzianismus, denen Qin Hui entgegenhält, dass China niemals in seiner Geschichte ein »konfuzianisches« Land, sondern immer ein legalistisch orientiertes System gewesen sei.²⁵ Zudem bemängelt Qin die negativen Begleiterscheinungen des chinesischen Wirtschaftsmodells, insbesondere die Entstehung von »Slums« in den Randbereichen der chinesischen Megastädte, und prangert die Diskriminierung der chinesischen Landbevölkerung als Bürger zweiter Klasse an.²⁶

Wenige chinesische Intellektuelle gehen so weit, den chinesischen Partei-Staat und das maoistische Erbe als solches herauszufordern. Mao Yushi, der sich als liberaler Ökonom und Kritiker der »Neuen Linken« einen Namen gemacht hat, hatte 2011 in der für ihren kritisch-liberalen Kurs bekannten Zeitung *Caixin Online* einen Artikel zur kritisch-»realistischen« Bewertung Mao Zedongs veröffentlicht, in welchem er die desaströsen Entwicklungen der verschiedenen maoistischen Massenkampagnen – darunter »Lasst hundert Blumen blühen« (1957) und die »chinesische Kulturrevolution« (1966-1976) – themisierte und Mao (und nicht die Viererbande um Maos Frau Jiang Qing) für diese verantwortlich machte.²⁷ Es gibt zwar literarische Verarbeitungen dieser Ereignisse, die geduldet werden, doch mit einer kritisch reflektierten Aufarbeitung dieser historischen Einbrüche tut sich die Partei schwer.

Die Stimmen der Kritiker sind seit der Machtübertragung an die fünfte Führungsgeneration weniger hörbar – Blogs von Intellektuellen, die als Meinungsführer eingestuft wurden, sind teilweise (vorübergehend) geschlossen worden, der Austausch der Intellektuellen findet nicht länger über Mikroblogs, sondern in »geschlossenen« Online-Diskussionsräumen wie WeChat statt, zu denen nur ein ausgewählter Kreis

25 Qin 2010.

26 Vgl. hierzu die von 2011 und 2013 datierenden Einträge auf Qin Huis Blog (auf chinesisch): <http://blog.sina.com.cn/qinhui>; <http://qinhui163blog.blog.163.com> (Zugriff vom 15.09.2016).

27 Mao 2011.

Zugang hat (wobei der Partei-Staat sehr wohl unter bestimmten Voraussetzungen auch weiterhin Einsicht nehmen kann).

5. Politische Deutungshoheit – Eine immerwährende Herausforderung für die KP

Bei der Analyse der aktuellen Entwicklungen der chinesischen Politik gilt es, zwischen der operativen und der ideellen Funktionsebene des politischen Systems zu unterscheiden. Auf der operativen Ebene steuert die VR China unter Xi Jinping das Wirtschaftssystem weiter in Richtung Liberalisierung und Selbstkoordination über den Markt, wobei ergänzend ein soziales Sicherungsnetz aufgebaut werden soll. Auf den ersten Blick könnte dies als Kompromisslösung zwischen den Forderungen der ökonomischen Eliten und den von den einkommensschwächeren Gruppen und Reformverlierern vorgebrachten Anliegen erscheinen. Doch sind diese beiden »Lager« in sich äußerst heterogen und durch Interessen- und Verteilungskonflikte in sich gespalten: Während der private Wirtschaftssektor gestärkt werden soll, sehen die Reformmaßnahmen des 3. Plenums des 18. Zentralkomitees (2013) Einschnitte und Restrukturierungen im Bereich der Staatsunternehmen vor – Konflikte zwischen den verschiedenen Teilgruppen der chinesischen Wirtschaftseliten sind zu erwarten. Innerhalb der Gesellschaft nehmen sozio-ökonomische Spannungen zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung zu; auch hat die soziale Ungleichheit bereits einen derart extremen Grad erreicht, dass die gesamtgesellschaftliche Kohäsion in Gefahr ist.

Diese innergesellschaftlichen und intraelitären Konflikte gilt es auszubalancieren, weshalb neben operativen Reformen auch auf der ideellen Ebene des Systems ein Einstuwören auf ein übergeordnetes Referenz- und Wertesystem angestrebt wird. Um die Unterstützung für die Reformpolitik innerhalb der Gesellschaft sicherzustellen, setzt die Führung des Partei-Staates auf Instrumente der symbolisch-ideellen Systemlegitimierung. Sie reagiert damit auch auf das sichtbare Wiedererstarken »religiöser« Bewegungen und Ideenströmungen und versucht, diese in den maoistischen Kanon einzufügen. Die Parteielite ringt darum, die Deutungshoheit über den »richtigen« Entwicklungsweg in der Hand zu behalten und zu zementieren und all jene Definitionsansätze, die dem offiziellen Parteidokumenten entgegenlaufen, zu delegitimieren – dies nicht zuletzt über die Publikation von Leitartikeln in der *Renmin Ribao*, die den offiziellen Entwicklungsweg dokumentieren und damit die »orthodoxe« Ausrichtung der Reformen festlegen.

Antikorruptionskampagnen sind ein Element, die Loyalität und Unterstützung der Parteidokumente für die eingeleiteten Reformen sicherzustellen. Eingefordert wird ein symbolischer Kotau in Form von Selbstkritik und der Selbstverpflichtung zu einer bedingungslosen Folgebereitschaft. Mit der jüngsten Kampagne »In 100 Tagen das Parteistatut abschreiben« sollen die 87 Millionen Parteimitglieder medienwirksam wieder auf Parteilinie gebracht werden – und mit ihnen indirekt die gut 1,2 Milliarden Nicht-Parteimitglieder. Denn nicht nur die politischen und ökonomischen Eliten und Entscheidungsträger debattieren über mögliche Wege, das System in eine »Neue Normalität« umzulenken, die einerseits den Fortgang des wirtschaftlichen

Aufstiegs der VR China ermöglichen und andererseits die negativen Begleiterscheinungen des Turbowachstums abpuffern soll. Die Erkenntnis, dass Reformen notwendig sind, aber in keinem Fall ein radikaler Systemumbau durchgeführt werden soll, der von offenen Diadochenkämpfen begleitet sein würde, wird von den Parteiäliten immer wieder ausformuliert. Die oberste Führungsriege wirbt um die Unterstützung der Bevölkerung für die Zurückweisung pro-demokratischer Reformen, indem sie in ihren Zukunftsszenarien demokratische, »konstitutionelle« Umstrukturierungen mit dem Eintritt in eine neue Phase des »Chaos« und offener Machtkämpfe gleichsetzt. Alle durch die Parteiführung 2012/13 initiierten Reform-schritte werden nicht als Bruch, sondern als Weiterführung des chinesischen »Sozialismus« ausgegeben.

Die Neubestimmung des chinesischen Sozialismus hatte unter Hu Jintao 2004 bereits zur Auflage umfangreicher Forschungsförderprogramme mit dem Ziel der Neuausrichtung des Marxismus im 21. Jahrhundert unter Berücksichtigung der Theorie und Praxis des chinesischen Herrschaftsmodells geführt. Damit war zunächst eine Phase des Ideenpluralismus eingeläutet worden, die sich in heftigen Kontroversen zwischen Anhängern eines »demokratischen Sozialismus« und eines »demokratischen Konstitutionalismus« entladen hatte. 2010 hatte Hua Bingxiao, Professor an der Universität in Xi'an, eine Monografie zum »konstitutionellen Sozialismus« als Gegenmodell zu einem neoliberalen Entwicklungsmodell vorgelegt – deren Ideen sich auch in den Reformkonzepten der fünften Führungsgeneration widerspiegeln.²⁸ Hua Bingxiao grenzte sich von dem Konzept des liberalen Konstitutionalismus und dem Ansatz des demokratischen Sozialismus ab, entwarf ein Herrschaftsmodell mit weitreichenden Freiheitsrechten unter dem Dach des Ein-Parteien-Systems. Den chinesischen Sozialismus-Debatten des 21. Jahrhunderts ist gemein, dass sie die Rolle des *demos* thematisieren und diesem eine Schlüsselstellung im chinesischen Modell zuschreiben – und den Aufbau einer transparenten, effizienten und responsiven Staatsverwaltung zur *conditio sine qua non* des Überlebens des Ein-Parteien-Systems erklären.

Dass der Fortbestand des Ein-Parteien-Systems von seiner Adoptions- und Lernfähigkeit abhängt, ist der Ausgangspunkt der in der VR China laufenden inter- und intraelitären Modellkontroversen. Zeitweise sind seit 2012/13 jedoch die Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation qua Deliberation über Mikroblogs stark eingeschränkt worden. Dass Xi Jinping nun jüngst postulierte, dass das System Kritik zuzulassen habe, um die Anliegen der Bevölkerung wahrzunehmen und auf diese reagieren zu können, verdeutlicht die Angst vor einer weiteren Entfremdung zwischen Partei-Staat und Gesellschaft, somit ebenso die Angst vor dem Verlust der Adoptionsfähigkeit des Ein-Parteien-Staates. Wenn auch die Debatten der chinesischen Intellektuellen in sich Sprengstoff für das politische Regime bergen, da sie etablierte Strukturen und Verfahren hinterfragen und dem Einheitsmodell mit einer neuen Meinungsvielfalt entgegentreten, so ist doch die Ausschaltung interner Rückkopplungsmechanismen möglicherweise weitaus gefährlicher, da das System in eine Phase des rein selbstreferentiellen Lernens abgleiten könnte. Dann aber hätte die VR

28 Hua 2010.

China aus Sicht chinesischer Historiker das Stadium der späten Sowjetunion erreicht. Operative Reformen erfolgen derzeit in genau jenen Systemsektoren, für welche mit Blick auf die späte Sowjetunion Dysfunktionalitäten »nachgewiesen« worden sind: Der Verlust der Parteidisziplin, die Aufgabe ideologischer Leitideen sowie das Abgleiten in eine Phase des »historischen Nihilismus« zählen ebenso hierzu wie die Fehlentwicklung der seinerzeitigen sowjetischen Wirtschaftsplanung. So erstaunt es kaum, dass die Xi Jinping direkt unterstellte Zentrale Führungsgruppe für die Umsetzung der Reformen neben fünf Unterabteilungen, die sich konkreten Politikfeldern zuordnen lassen, auch eine Abteilung für (Partei-)Disziplin aufweist.

Operative und ideelle Systemdimensionen sind ineinander verschachtelt und doch zugleich partiell entkoppelt: Der rhetorisch-symbolische Rückgriff auf maoistische Formeln impliziert keine Re-Ideologisierung des ökonomischen Modernisierungswegs. Vielmehr ebnet die Einbettung der Reformmaßnahmen in den orthodoxen Kanon staatsphilosophischer Konzepte den Weg für die Umsteuerung des chinesischen Modells, ohne dass hierdurch die Identität des »sozialistischen« Ein-Parteien-Staates als solche zum Abschuss freigegeben würde.

Ob diese Ausrichtung tragfähig sein wird, um die heute und in den kommenden Jahrzehnten in China stattfindenden gesamtgesellschaftlichen Umbruchprozesse auf politischer Ebene innovativ zu bewältigen, wird sich zeigen.²⁹ Die Entwicklungs geschichte vergleichbarer Struktur- und Mentalitätsveränderungen in anderen Gesellschaften in Vergangenheit und Gegenwart verdeutlicht, dass linearer Fortschritts optimismus nicht angezeigt ist.

Literatur

- Ameling, Iwo; Dippner, Anett. Hrsg. 2009. *Kritische Verhältnisse: Die Rezeption der Frankfurter Schule in China*. Frankfurt a. M.: Campus.
- CASS 2011. *Ju an si wei: Sulian wang dang ershi nian de sikao* (offizieller engl. Titel: Be vigilant on possible danger in peace time: 20 years' reflections on the Soviet Communist Party's decline). Peking: CASS.
- Heubel, Fabian 2016. *Chinesische Gegenwartsphilosophie zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Hu, Angang 2010. *China's »green cat« roadmap*. www.daonong.com/g/2010en/insights/20100926/23030.html (Zugriff vom 15.09.2016).
- Hu, Angang 2011. *China in 2020: a new type of superpower*. Washington: Brookings.
- Hu, Angang 2014. *China's collective presidency*. Berlin: Springer.
- Hu, Jintao 2002. *Xianfa wei jianshe xiaokang shehui tigong falü baozhang* (The constitution provides the legal guarantee for the construction of a well-off society). www.people.com.cn/GB/shizheng/16/20021204/881364.html (Zugriff vom 15.09.2016).
- Hua, Bingxiao 2010. *Chaoyue ziyouzhuyi: Xianzheng shehuizhuyi de sixiang yanshuo* (Beyond liberalism: ideas on constitutional socialism). Xi'an: Xibei University Press.
- Li, Yining 2013. *Zhongguo jingji shuangchong zhuanxing zhi lu* (Die zweifache Transformation der chinesischen Ökonomie). Peking: Renmin University Press.
- Mao, Yushi 2011. *Ba Mao Zedong huancheng yuan ren*. www.china-week.com/html/5972.htm (Zugriff vom 15.09.2016).
- Mao, Zedong 1937. »Über die Praxis«, in *Mao Zedong: Ausgewählte Werke*, Band 1, S. 347-364. Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.

²⁹ Auf philosophischer Ebene war diese Problematik in der innerchinesischen Debatte immer schon präsent, wie jüngst von Fabian Heubel (2016) dargelegt.

- Mao, Zedong 1957. »Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk«, in *Mao Zedong: Ausgewählte Werke*, Band 5, S. 434-476. Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.
- Noesselt, Nele 2012. *Governance-Formen in China: Theorie und Praxis des chinesischen Modells*. Wiesbaden: Springer VS.
- Noesselt, Nele 2015. »Relegitimizing the Chinese party-state: ›old‹ sources of modern Chinese party power«, in *Asiatische Studien – Études Asiatiques* 69, 1, S. 213-233.
- Noesselt, Nele 2016. *Chinesische Politik: Nationale und globale Dimensionen*. Stuttgart: UTB.
- Qin, Hui 2010. *Zhongguo zui da de wenti shi ru biao fa li* (Das größte Problem Chinas besteht darin, dass es sich nur dem äußereren Erscheinungsbild nach um einen Konfuzianismus handelt, im Inneren jedoch (purer) Legalismus steckt). <http://finance.sina.com.cn/hy/20100116/18207257091.shtml> (Zugriff vom 15.09.2016).
- Senghaas, Dieter 1996. »Wie geht es mit China weiter?«, in *Leviathan* 24, 1, S. 78-92.
- Senghaas, Dieter 2015. »Ein neuer weltpolitischer Konflikt? Westliche Werte im kritischen Visier chinesischer Politik«, in *Soziologie heute* 41, S. 20-22.
- Wang, Xiaoling 1998. »Liu Shipei et son concept de contrat social chinois«, in *Études Chinoises* 27, 1/2, S. 155-190.
- Wang, Yuhua 2015. *Tying the autocrat's hands: the rise of the rule of law in China*. New York: Cambridge University Press.
- Zhang Qian, Yao Chun 2013. »Xi demands implementation of ›mass line‹ campaign«, in *People's Daily online* vom 10. Dezember 2013. <http://en.people.cn/90785/8479207.html> (Zugriff vom 15.09.2016).

Zusammenfassung: Die Kommunistische Partei der VR China operiert in einem permanenten Lern- und Adapptionsmodus mit dem Ziel der langfristigen Herrschaftssicherung. Die gegenwärtigen Kurskorrekturen und Governance-Innovationen unter Xi Jinping stehen unter dem Schlagwort der »Neuen Normalität«, einer Zauberformel, die den weiteren Ausbau des Kapitalismus und die Abkehr von maoistischen Kontrollinstrumenten (Ein-Kind-Politik; *hukou*-System) nicht als Eingeständnis von Fehlentwicklungen, sondern als notwendigen Entwicklungsschritt präsentiert. Parallel werden symbolische Dimensionen der Systemlegitimation ausgebaut. Legalistische und konfuzianische Konzepte werden zu einem »chinesischen« Governance-Diskurs verwoben und der westlich-liberalen Vorstellung von pluralistischer Demokratie entgegengestellt.

Stichworte: China, Governance-Innovation, Legitimität, Kommunistische Partei, »Neue Normalität«

»New Normal« (xin changtai) and re-Confucianization of Chinese Marxism: the People's Republic of China in search of a new mode of governance

Summary: The Communist Party of the People's Republic of China has been operating in a permanent mode of learning and adaptation – with the aim of preserving its power position. The presently propagated correction of the main political strategy as well as the ongoing governance innovations under Xi Jinping are subsumed under the slogan »New Normal« – a magic formula which is supposed to present and justify the turning away from Maoist control mechanisms (one child policy, *hukou* system) as well as further steps to capitalism; this is not a confession of wrong old development orientations but as overdue further development steps. At the same time, new symbolic dimensions of system legitimization have been articulated. Confucian and legalist concepts are interwoven aiming at a true »Chinese« governance discourse; at the same time this discourse is deliberately conceptualized in opposition to Western liberal ideas of a pluralist democracy.

Keywords: China, governance innovation, legitimacy, Communist Party, »New Normal«

Autoren

Nele Noesselt

Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien

Universität Duisburg-Essen

Forsthausweg

47057 Duisburg

nele.noesselt@uni-due.de

Dieter Senghaas

Senior Fellow

Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS)

Universität Bremen

Postfach 330440

28334 Bremen